

abgeordnetenwatch.de

CDU Wiesbaden droht Politiker-Portal

Die CDU will sich gegen
abgeordnetenwatch.de wehren.

Bürger können über das Portal abgeordnetenwatch.de Fragen an Politiker stellen. Der Wiesbadener CDU gefällt das offenbar nicht: Die Fraktion hat den Machern mit einer Klage gedroht – obwohl sie im Portal noch gar nicht auftaucht.

Die CDU in Hessen ist kein Freund des Portals abgeordnetenwatch.de. Die meisten Landtagsabgeordneten lehnen es ab, dort mit Bürgern zu kommunizieren - weil sie nach eigenen Angaben keinen Vermittler brauchen.

Auch in der Wiesbadener CDU ist der Widerstand gegen das Portal groß, das laut seinen Machern mehr Transparenz schaffen und die Bürgerbeteiligung erhöhen will. In einem Brief, der hr-online vorliegt, drohte die CDU-Fraktion den Verantwortlichen über einen Anwalt mit einer Klage, sollten die Fraktionsmitglieder bei abgeordnetenwatch.de aufgenommen werden. "Wenngleich wir gegenwärtig nicht beabsichtigen, Ihr Projekt zu unterstützen, würden wir es bedauern, wenn wir die hiesige Position einer erfolgssicheren formalen Klärung zuführen müssten", so der CDU-Anwalt Hans-Joachim Hasemann-Trutzel.

Portal-Verantwortliche bleiben gelassen

Hasemann-Trutzel verwies auf Persönlichkeitsrechte, die durch eine Aufnahme verletzt würden. Der Schutz des Einzelnen habe Priorität. "Die Fragen überschreiten teilweise die Grenzen zum Privaten. Denn ehrenamtlich tätige Kommunalpolitiker sind keine Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens im Gegensatz zu Berufspolitikern", sagte er hr-online.

Das sehen die Macher von abgeordnetenwatch.de anders. Der angedrohten Klage blicken sie deshalb gelassen entgegen. "Eine formale Klärung würden wir sogar ausdrücklich begrüßen", erklärte der Portal-Verantwortliche Martin Reyher in einem Antwortschreiben an die CDU Wiesbaden. Es sei nicht rechtswidrig, Bürgerfragen an Stadtverordnete weiterzuleiten – da dies über eine offizielle Büro-E-Mail-Adresse geschehe.

Auch das Argument der Wiesbadener CDU, dass die Stadtverordneten ehrenamtliche Mandatsträger und keine Berufspolitikern seien, will Reyher nicht gelten lassen. "Die Sorge vor Bürgerfragen überschwert zu werden, ist nur vorgeschoben", sagte Reyher hr-online. Seiner Ansicht nach fürchten sich die Fraktionsmitglieder davor "die Hoheit über die eigene Kommunikation aus den Händen zu geben". Während man bei Facebook oder Twitter Fragen eher löschen oder Themen aussitzen könnte, würden sich kritische Sachfragen bei abgeordnetenwatch.de nicht so leicht "versenden."

CDU-Anwalt: "Nicht genügend Mitarbeiter und Equipment"

Justiziar Hasemann-Trutzel argumentierte dagegen, die Stadtverordneten hätten weder genügend Mitarbeiter noch ein hinreichendes Equipment, um all die Bürgeranfragen beantworten zu können. "Wir müssen uns schützend vors Ehrenamt stellen", sagte er.

Laut abgeordnetenwatch.de erhält ein Stadtratsmitglied im Zeitraum von mehreren Monaten durchschnittlich zwei Bürgerfragen.

Mehr zum Thema

CDU braucht keinen "Vermittler" (9.5.2011):

http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp?rubrik=34954&xtcr=1&xtmc=abgeordnetenwatch&key=standard_document_41455415

abgeordnetenwatch.de geht an den Start (31.3.2011):

http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp?rubrik=34954&key=standard_document_41172719

Links im WWW

abgeordnetenwatch.de für Hessen:

<http://www.abgeordnetenwatch.de/hessen-539-0.html>

Redaktion: suma / aba
Bild: © Screenshot/www.abgeordnetenwatch.de